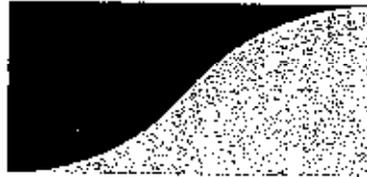


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, begrüßt die Denkschrift der EKD als willkommene Orientierungshilfe. Seite 1/2

Gerhard Schröder MdB: Warum es sich lohnt, für diese Koalition zu kämpfen, und wo die Grenzen der Kompromißbereitschaft liegen. Seite 3-5

Dr. Karl Ahrens MdB, Mitglied im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages, lobt die energisparenden Maßnahmen der Kommunen. Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 212

5. November 1981

Eine willkommene Orientierungshilfe

Zur EKD-Denkschrift "Frieden wahren, fördern und erneuern!"

Von Peter Glotz
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die soeben vorgelegte Denkschrift der EKD ist eine willkommene Orientierungshilfe für die Mehrzahl jener Bürger, die sich in sicherheitspolitischen Fragen umfassend und in verständlicher Weise informieren wollen. Darüber hinaus verdient dieses Dokument als friedensethischer Leitfaden für Christen eingehende Beschäftigung auch durch die Parteien, der wir uns gesondert unterziehen werden. Fürs erste möchte ich einige Punkte für die aktuelle Diskussion herausstreichen:

1. Die Denkschrift schließt eine Lücke in der gegenwärtigen Debatte, in der es viel statistisches Material, aber wenige ausformulierte friedensethische Perspektiven gibt. Es ist dringend notwendig, daß die Parteien angesichts der welthistorisch neuen Situation eines Selbstzerstörungspotentials der Menschheit über eine "Überlebensethik" nachdenken. Die Zeit der friedenspolitischen Lehrformeln ist vorüber. Die Denkschrift gibt für die Parteien wichtige Denkanstöße.
2. Die Denkschrift unterzieht das gegenwärtige Abschreckungskonzept der nuklearen Supermächte, und damit auch der NATO, radikaler Kritik. Sicherung des Friedens ausschließlich durch atomare Abschreckung wird als "eine für Christen noch mögliche Handlungsweise" zwar anerkannt, aber nicht für alle Zeiten legitimiert. Hier tickt eine sowohl sicherheitspolitische als auch gesellschaftspolitische und theologische Zeitbombe in der evangelischen Kirche. Eine vor zwei Jahren in Holland erschienene Denkschrift der Reformierten Kirche verwirft bereits bloßen Besitz von Atomwaffen zum Zwecke der Abschreckung. Die EKD-Denkschrift ist vorsichtiger, räumt aber der Friedenssicherung durch nichtmilitärische Faktoren den Vorrang ein. Die SPD wird sich dieser schwierigen Diskussion stellen.



3. Die Denkschrift steht in der Tradition einer anderen, nämlich der bekannten Ost-Denkschrift von 1965. Sie ist für Sozialdemokraten eine nachträgliche Bestätigung für die Richtigkeit der entspannungspolitischen Ansätze der 60er und 70er Jahre. Nicht untergehen darf dabei die Kritik der jetzt vorgelegten Denkschrift an der teilweisen Aushöhlung der Entspannungspolitik durch die Großmächte auf Kosten der Europäer.
4. Die Denkschrift gibt indirekt jenen Recht, die eine Stationierung von Mittelsteckenraketen in Europa überflüssig machen wollen. Die Freunde einer Politik der Stärke oder sogar der angestrebten Übermacht, werden an dieser Denkschrift keine Freude haben. Aber auch die SPD, die davon ausgeht, daß man Sicherheitspolitik auf der Basis des NATO-Doppelbeschlusses entwickeln muß, sieht sich herausgefordert. Nach Auffassung der Denkschrift ist die Friedensbewegung auch eine Reaktion darauf, "daß viele Menschen im Handeln der Politiker, die diesen Beschluß tragen, keine überzeugte und überzeugende Perspektive auf eine effektive Überwindung des atomaren Wettrüstens erkennen". Wir nehmen diese Herausforderung an.
5. Die Denkschrift streicht das Verhandlungselement als einzig realistisches Instrumentarium bei künftigen Rüstungskontrollgesprächen heraus. Gleichzeitig läßt sie erkennen, daß das Element "einseitig kalkulierte Vorleistung" im Sinne eines sogenannten gradualistischen Konzepts in der evangelischen Kirche im Vormarsch begriffen ist. Hier läßt die Denkschrift eine unausdiskutierte Spannung zurück.
6. Die Denkschrift wird es all jenen schwerer machen, die den Pazifismus in Bausch und Bogen verworfen haben und noch verworfen wollen. Zugleich behaftet die evangelische Kirche Pazifisten bei ihrer politischen Verantwortung. Sie holt den Pazifismus aus dem gesellschaftlichen Getto, schneidet ihm aber zugleich den Weg in ein unpolitisches Bekenntertum ab.
7. Die Denkschrift geht davon aus, daß die Friedensbewegung keine politische Eintagsfliege ist, sondern für eine unabsehbare Zeit eine prägende politische Kraft sein wird. Die evangelische Kirche selbst hat sich viel vorgenommen, wenn sie ihre Dienste der Koordination den Friedensgruppen anbietet. Für die SPD ergeben sich hier besondere Aufgaben gerade auch im Verhältnis zur Kirche.
8. Die Denkschrift enthält wichtige Denkanstöße für die Diskussion um Wehrdienst und zivilen Ersatzdienst. Sie differenziert sowohl den Begriff "Friedensdienst mit Waffen" als auch den Begriff "Friedensdienst ohne Waffen". Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß die Formel "Friedensdienst mit Waffen" nach Auffassung der Verfasser der Denkschrift "ihren Ort nur im Rahmen einer Politik des Friedens, der Verhandlungen, der vertraglichen Bindungen, der Entwicklungspolitik hat". Umgekehrt wird auch die Formel "Friedensdienst ohne Waffen" unter Bedingungen gestellt. Sie muß - heißt es in der Denkschrift - "sich nämlich über die Bedingungen erklären, die erreicht und gewahrt werden müssen, damit die Situation eines Friedens ohne Rüstung sich halten kann. Sie kann nicht als absolute Formel ohne diesen politischen Zusammenhang vertreten werden". Solche Differenzierung ist für die gegenwärtige Friedensdiskussion hilfreich und hilft über vordergründige Polarisierungen hinweg.

(-/5.11.1981/ks/hgs)

* * *



Was für diese Koalition spricht

Die Wege sind kompromißfähig, das Ziel ist es nicht

Von Gerhard Schröder MdB (Hannover)

Wie so häufig diskutierte die Fraktion die Koalitionsentscheidungen zum Haushalt 1982 ausführlich und auch intelligent. Viele Fragen wurden aufgeworfen. Viel Ärger über den unsozialen Charakter der Beschlüsse wurde von den Rednern ausgedrückt.

Noch mehr Kollegen ballten die Fäuste in der Tasche. Interessant dabei war, daß die Diskussion schon lange nicht mehr nach dem Gesichtspunkt der politischen Gesäßgeographie, hier Linke und dort Rechte, verlaufen.

Nein, die Besorgnisse über falsche politische Weichenstellungen treibt viele um, Kanalarbeiter ebenso, wie die Kollegen, die sich in der parlamentarischen Linken treffen.

Bisweilen aber scheint es, daß das Maß an Rationalität in der Debatte proportional mit der Schwierigkeit der Probleme zurückgeht.

Einige Redner, die dem Kanzler entgegenhielten, nicht alle unsere Schwierigkeiten seien direkt auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen, hatten ja recht. Natürlich ist es so, daß die ökonomischen und politischen Handlungsspielräume für Sozialdemokraten theoretisch größer sind, als dies in den Koalitionsbeschlüssen zum Ausdruck kommt.

Eine Koalition mit einer bürgerlichen Partei schränkt aber die politischen Handlungsspielräume von Sozialdemokraten weiter ein. Dies ist eine Binsenweisheit. Sie auszusprechen, erscheint aber bisweilen notwendig. Und so gibt es natürlich Programmatisches, was zu fordern wäre, was Parteitage auch beschlossen haben. Indessen, das Wünschenswerte und auch Vernünftige durchzusetzen, ist eine Frage der politischen Macht.

Und so hat sich denn eine ehrliche Diskussion der Frage zu stellen, die Lambsdorff anläßlich der Sommerberatung gestellt haben soll:

"Soll auch dieser Preis um des Erhalts der Koalition willen gezahlt werden?"

Die Beantwortung dieser Frage kann nicht frei von Emotionen erfolgen. Wer sich erinnert, was die Regierungsübernahme 1969 für die Partei bedeutet hat, der wird das verstehen. Natürlich freuen sich deutsche Sozialdemokraten anders als ihre Genossen jüngst in Paris oder Athen. Aber Emotionen waren auch hier im Spiel. Sie waren es nach jedem weiteren Wahlsieg 1972, 1976 und 1980. Die Möglichkeit, nicht nur Richtiges zu wissen, sondern Teile davon endlich auch durchsetzen zu können - oder um es in der Sprache Fritz Eilers zu sagen, nicht nur recht zu haben, sondern auch recht zu bekommen - schafft mehr an Empfindungen, als in der Kälte des Bonner Alltags zugegeben wird.

So ist der Erhalt der Koalition längst nicht nur eine Frage kalten Kalküls und deren Aufgabe ist es demgemäß auch nicht.

Natürlich geht es auch immer um Posten und Personen, um soziale Existenzen, um die Insignien dessen, was für Macht gehalten wird. Das mag Entscheidungen beeinflussen, sollte aber nicht als ein Hauptfaktor angesehen werden.

Jenseits alldessen geht es wohl fast allen um die rationale Klärung der Frage, ob auch der neue Preis, eine erneute Belastung der Arbeitnehmer, Strukturveränderungen in der Arbeitslosenversicherung, schwerwiegende Veränderungen im Mietrecht, gezahlt werden kann.

Was also spricht für den Erhalt der Koalition, was dagegen? Beginnen wir mit dem contra: Es kann kein Zweifel sein, daß die Durchführung jeglicher Koalitionspolitik in einer Partei, wie der SPD, Konflikte schafft. Das ist so lange auszuhalten, wie erklärt werden kann, daß der jeweilige Koalitionskompromiß ein - wenn auch häufig kleiner - Schritt auf dem Wege der Durchsetzung der eigenen Programmatik ist, denn davon ist die Zustimmung der Mitglieder- und Wähler-Basis abhängig.



In schwierigen gesellschaftlichen Situationen können auch Phasen akzeptiert werden, in denen sich die gesellschaftliche Machtverteilung zwischen den hinter den Koalitionsparteien stehenden gesellschaftlichen Klassen und Gruppen nicht verändert. Das gilt selbst dann, wenn insgesamt nur ein status-quo-ante sichergestellt werden kann. Wenn es zum Beispiel zu realen Einkommensreduzierungen kommt, kann eine Koalitionsregierung das aushalten. Problematisch wird die Sache dann, wenn die Einkommensreduzierungen vor allem die Anhänger, der noch dazu größten Koalitionspartei treffen. Und exakt, dies ist die gegenwärtige Situation der Koalition. Harte Interessenpolitik der FDP hat zu einer Verschiebung des sozialen Gleichgewichts zwischen den die Koalition tragenden Gruppen und Klassen geführt. Es mag sein, daß die SPD mehr durchgesetzt hat, als manchmal nach außen dringt. Die öffentliche Meinung ist indessen anders. Und sie kann nicht durch abendliche Reden von Abgeordneten verändert werden. Und eine Analyse der Entscheidungen zeigt zudem, daß etwa im Bereich des Wohnungsbaues massive Vermögensstransfers zugunsten der Besitzenden erfolgen. Dies machen die jüngsten steuerlichen Entscheidungen ganz deutlich. Gleiches gilt für bevorstehende Veränderungen beim Mietrecht. Durch die vorgesehenen Maßnahmen wird es zu Mietsteigerungen von durchschnittlich etwa zwei DM pro Quadratmeter im frei finanzierten Wohnungsbau kommen. In einer Vielzahl von Fällen, vor allem in den Ballungszentren, werden die Mietpreissteigerungen von vier DM pro Quadratmeter die Regel sein. Teilweise wird man dies durch staatliches Wohngeld auf-fangen können. Gleichwohl, Wohngeld heißt Transfer-Leistungen aus den Steuermitteln von Arbeitnehmern zu Gunsten der Vermieter. Wo dann noch die Kasse des Staates zu eng wird, werden auch sozial schwache Mieter die Folgen dieser Gesetzesänderungen die getreu der Ideologie von "mehr Markt" durchgesetzt werden sollen, selbst zu tragen haben.

Gravierender aber noch ist, das offenkundige Unvermögen der Koalition, ein wirksames Beschäftigungsprogramm schnell durchsetzen. Obwohl die Vorschläge für ein der veränderten ökonomischen Situation angepaßtes Programm, etwa aus der Roth-Kommission, auf dem Tisch liegen, fehlt der Koalition die politische Kraft, entsprechend zu handeln.

In der Außenpolitik sind die Schwierigkeiten nicht geringer. Die Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 hat die zehn Jahre lang währende Selbstverständlichkeit, die Koalition, mindestens aber die SPD mit dem Thema "Frieden" zu identifizieren, im Bewußt-sein all zu vieler Bürger aufgebrochen. Die durch den Rüstungswahnsinn hervorgerufenen Ängste großer Teile der Bevölkerung werden durch die staatliche Außenpolitik nicht mehr aufgefangen. Der unbedingte Wille zum Frieden bei großen Teilen der Bevölkerung befindet sich im Unterschied zur Regierungszeit Willy Brandts nicht mehr in tendentieller Übereinstimmung mit der staatlichen Außenpolitik.

Dies alles hat zu einem Auseinanderfallen zwischen den Erwartungen an die Politik der SPD und der realen Politik der Koalition geführt. Und genau hier liegt die Ursache der Wahlniederlagen. Alles andere, etwa das Erscheinungsbild der SPD, das ja auch die Folge dieser Konflikte ist, ist mehr oder weniger Beiwerk. Ausschließlich über das "Erscheinungsbild" der Partei zu diskutieren, heißt immer auch, die wahren Ursachen zu verschleiern.

Angesichts der letzten Wahlniederlagen muß unverblümt gesagt werden, daß der Preis für den Erhalt der "Macht" im Zentralstaat im Verlust der "Macht" in den Ländern und Kommunen besteht. Und dies ist solange tendentiell unvermeidlich, wie die Politik in Bonn nicht nachvollziehbar geändert wird.

Ist dies nun ein Plädoyer für ein Aussteigen aus der Koalition in Bonn? Nein, es ist es nicht. Jedenfalls noch nicht. Es spricht einiges - immer noch - für den Erhalt der Koalition.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die wirtschaftspolitischen Modelle der Union aus Großbritannien und den USA entlehnt sind. Hier wird mit Massenarbeitslosigkeit eine die Arbeiter unterdrückende Politik gemacht. Mit 60 Prozent der Gesellschaft werden in den USA die restlichen 40 Prozent ökonomisch unterdrückt und mit Hilfe der Staatsgewalt - so sie denn protestieren - zur Not politisch niedergehalten.



Über Außenpolitik, über eine Begrenzung von Rüstung wird man unter einer CDU-Regierung zwar noch reden können, die vollständige Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik, wird aber die zwangsläufige Folge einer Machtübernahme durch die Union sein.

Also, das übliche: Die Warnung vor dem "Schwarzen Mann"? Nein, darum geht es nicht. Es ist gut, daß die abstrakte Warnung der Union nicht mehr verfängt. So konnte Strauß zwar noch abgeschlagen werden, aber die Anti-Strauß-Koalition in unserem Volke ist längst zerbrochen. Sie ist an den traurigen Ergebnissen einer Koalitionspolitik zerbrochen, von der man nicht erwarten konnte, daß sie die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen änderte, von der aber erwartet wurde, daß sie ihre Einsparmaßnahmen mehr am Ziel der sozialen Gerechtigkeit orientierte, als dies bisher der Fall war. Die Anti-Strauß-Koalition ist schließlich daran zerbrochen, daß in der Außenpolitik eine Kontinuität der Entspannungspolitik Willy Brandts eben gerade nicht gewährleistet werden konnte, beziehungsweise in weiten Bereichen auch nicht gewährleistet werden sollte.

Deshalb wird nach Gründen für den Erhalt der Koalition, innerhalb wie außerhalb der Partei viel entschiedener, viel nachdrücklicher gefragt. Gibt es solche Gründe? Ich glaube schon.

Der SPD ist es gelungen, die Einführung von Karenz-Tagen beim Kindergeld und bei der Lohnfortzahlung zu verhindern. Es ist gelungen, die Kürzung von Arbeitslosengeld und -hilfe abzuwehren. Weitere Kürzungen, etwa beim Schüler-Bafög hat die Fraktion abgewehrt. All dies sind in dieser Situation meßbare Erfolge. Schließlich zählt auch, daß staatliche Beschäftigungsimpulse noch längst nicht zu den Akten gelegt worden sind. Der Kampf darum geht weiter.

In der Außenpolitik verhandeln die Großmächte. Es ist kein Zweifel, daß dies auch ein Verdienst der Koalition ist, wenn diese Politik auch durch das Entstehen einer machtvollen Friedensbewegung erleichtert worden ist. Das deutsche Verhandlungsziel ist das Erreichen der Null-Option. Im Kommuniqué der NATO-Verteidigungsminister steht dies erstmals so drin. All dies wird es mit der CDU-Regierung nicht geben. Es wird vielmehr das Gegenteil dessen geben.

Und so werden diese Dinge denn zur entscheidenden, auch historischen Meßlatte der Koalition.

Die Arbeitsmarktpolitik, die Situation bei der Arbeitslosenunterstützung, die Realisierung der Null-Option vor allem, entscheiden darüber, ob es lohnt, den für die Partei nachgerade existenzbedrohenden Preis für den Erhalt der Koalition zu zahlen.

Man kann dies um dieser Ziele willen tun, weil, wenn man diese Ziele realisiert, die Menschen begreifen werden, warum dieser Preis gezahlt wurde. Das heißt aber zugleich, daß die Ziele in sich nicht kompromißfähig sind. Die Koalition wird dann zu einer nicht mehr tragbaren Belastung für die Partei, wenn diese Ziele aufgegeben oder durch die Politik der Koalition nicht realisiert werden. Insbesondere bei der Nachrüstung gilt, daß die Wege kompromißfähig sind. Das Ziel ist es nicht. (-/5.11.1981/hj/hgs)

+ + +



Die Kommunen sind beim Energiesparen vorn**Erfreuliche Beispiele aus der ganzen Bundesrepublik**

Von Dr. Karl Ahrens MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses im Deutschen Bundestag

Die schwierige Aufgabe, unsere zukünftige Energieversorgung preisgünstig sicherzustellen mit der Zielrichtung Ölsubstitution, Energieeinsparung und Umweltschutz, wird in erster Linie durch die leitungsgebundenen Energieträger gelöst werden müssen. Folgerichtig weist deshalb die Energiepolitik den kommunalen Versorgungsunternehmen, insbesondere den kommunalen Querverbundunternehmen, eine Schlüsselrolle bei der sparsamen und umweltfreundlichen Energieversorgung des Bürgers zu. Denn hier vor Ort wird über Erfolg oder Mißerfolg der Energiepolitik bei der Reduzierung des Mineralölteils bei gleichzeitig sparsamem und rationellem Energieverbrauch entschieden. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe wird die kommunale Versorgungswirtschaft auf ihre großen Erfolge beim Aufbau und bei der Integration leitungsgebundener Energie zurückgreifen und an ihre in der Vergangenheit hierbei geleistete Pionierarbeit anknüpfen können, deren Ursprünge bereits in die Zeit zurückreichen, als auf dem Wärmemarkt Mineralöl zu Schleuderpreisen angeboten wurde.

Aber nicht nur als Produzenten von Energie stehen die Kommunen an vorderster Front der energiepolitischen Verantwortung. Darüber hinaus wird von ihnen erwartet, durch überlegtes Energieverbrauchs-Verhalten auch als Konsument von Energie ein Spar-Vorbild zu geben. Anhand einiger Beispiele soll aufgezeigt werden, daß die Kommunen intensiv und ideenreich darum bemüht sind, auch diese in sie gesetzte Erwartung zu erfüllen.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es etwa 13.500 öffentliche Schulgebäude und ungefähr 8.300 Krankenhäuser. Mehr als zehn Prozent des Endenergieverbrauchs entfallen (vorzugsweise bei der Wärmeversorgung) auf öffentliche Einrichtungen. Es liegt daher auf der Hand, daß sich die Bemühungen der Kommunen um Energieeinsparung vorrangig auf die Heizenergie-Einsparung in Gebäuden konzentrieren, da hier ein erhebliches Energie-Einsparungspotential gesehen wird. Die soeben bei den Kommunen durchgeführte Umfrage nach Energieeinsparmaßnahmen belegt die Praxis, daß sich allein durch strikte Heizanlagen-Betriebsüberwachungen bereits eine jährliche Wärmeverbrauchs-Reduzierung von etwa 30 Prozent erreichen läßt.

So begann zum Beispiel die Stadt Duisburg bereits 1976 mit der systematischen Energiebewirtschaftung. Unter Federführung des Hochbauamtes entwickelte man einen Mehr-Phasenplan mit dem Ziel, gegenüber 1976 auf Dauer 25 Prozent des bisherigen städtischen Energieverbrauchs einzusparen. Dies ist inzwischen mehr als erreicht. So lag 1980 der Wärmeverbrauch in den rund 460 städtischen Gebäuden um 28,5 Prozent unter dem Wert von 1976. Bei Personalkosten dieser Aktion von 1,3 Millionen DM reduzierte sich die städtische Energierechnung um gut 16 Millionen DM. Allein 1980 sparte man 6,5 Millionen DM an Haushaltsmitteln ein, wozu ein Personalaufwand von acht Mitarbeitern (0,45 Millionen DM) erforderlich war. Investive Maßnahmen wurden bisher noch nicht ergriffen, sondern die beträchtlichen Energieeinsparungen wurden im wesentlichen durch Betriebsüberwachungsmaßnahmen, also durch Verhaltensänderungen erzielt. Nunmehr sollen mit einem Investitionsprogramm in Höhe von etwa drei Millionen DM weitere 20 Prozent des Energieverbrauchs eingespart werden. Verglichen mit dem Energieverbrauch im Jahre 1976 würde somit nach Durchführung dieses Investitionsprogramms im Bereich der Gebäudeheizung städtischer Bauten ein Einspareffekt von insgesamt etwa 50 Prozent erzielt werden.

Diese Ergebnisse korrespondieren durchaus mit den Erfahrungen anderer Kommunen. So konnte etwa in Stuttgart, wo 1976 eine städtische Dienststelle für Energiewirtschaft eingerichtet wurde, der Verbrauch bei den überwachten Anlagen von 1977 bis 1979 um 27 Prozent reduziert werden. Auch in Bielefeld konnte der Energieverbrauch 1980 durch eine



veränderte Anlagenbetriebsweise und insbesondere durch strikte Überwachung der Heizungen durch kompetente Energiekommissionen um zwölf Prozent reduziert werden. Auf ähnliche Weise sparte man in Bochum rund eine Million DM an Heizkosten, in Dortmund waren es sogar 1,2 Millionen DM. Auf vergleichbarem Niveau bewegen sich die Energieeinsparungen zum Beispiel der Stadt Düsseldorf, die ihren Energieverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um acht Prozent verringerte, übertroffen durch die Stadt Bonn, wo es im vergangenen Jahr etwa 11,5 Prozent waren, entsprechend einer Ersparnis an Heizkosten von 1,6 Millionen DM. Fener ist auf die Energieverbrauchseinsparung in Karlsruhe in Höhe von circa 15 Prozent hinzuweisen.

Nun sind es allerdings nicht nur die großen Kommunen, die sich um eine wirkungsvolle Energieeinsparung bemühen, sondern auch kleinere und mittlere Gemeinden engagieren sich ebenfalls sehr erfolgreich im Interesse der energiepolitischen Zielsetzung. In Landshut entwickelte man zum Beispiel in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Städteverband ein Überwachungs- und Energiekonzept für Kommunen mit dem Ergebnis, daß der Energiebedarf von 16 Schulgebäuden 1980 gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Prozent reduziert wurde. Vergleichbare Ergebnisse wurden in Tuttlingen und Lüneburg erzielt.

Neben einem umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Energieeinsparung kann die Stadt Münster mit einem besonders bemerkenswerten Energiesparvorschlag aufwarten, der wohl noch Seltenheitswert besitzen dürfte. Denn zusätzlich zu den Heizenergieeinsparungen richtete die Stadtverwaltung Münster ihr Augenmerk unter anderem auch auf den Verkehrsbereich mit dem Ergebnis, daß man 90 Fahrräder für den Dienstgebrauch anschaffte und bei Benutzung eigener Fahrräder eine Entschädigung zahlt.

Angesichts dieser in kurzer Zeit durch entschlossenes und unbürokratisches Handeln erzielten Erfolge darf allerdings nicht verkannt werden, daß sich erst in den kommenden Jahren die positiven Folgen der Energieeinsparinvestitionen beim Energieverbrauch voll bemerkbar machen werden. Darüber hinaus wird man nicht überrascht sein dürfen, wenn sich die Wirtschaftlichkeit derartiger Maßnahmen bei fortschreitenden Bemühungen um Energieeinsparung nicht immer so eindrucksvoll darstellen lassen wird, wie das zu Beginn der Rationalisierungsbemühungen der Fall ist. Um andererseits die angestrebte Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei der Einführung energiesparender Techniken nicht an zu engen Wirtschaftlichkeitsgrenzen scheitern zu lassen, sollte über die neuerdings in Hamburg praktizierte "Zweidrittel-Wirtschaftlichkeit" nachgedacht werden: Hiernach werden energiesparende Investitionen dann als rentierlich angesehen, wenn die Kosteneinsparung mindestens zwei Drittel des durch die Ausgaben hervorgerufenen Kapitaldienstes deckt.

(-/5.11.1981/vo-he/ca)

